

Protokoll

- Zeit:** 16:10 Uhr – 18:40 Uhr
Ort: Konferenzzentrum im Ludwig Erhard Haus
- Vorsitz:** Präsident Dr. Eric Schweitzer
- Anwesend:** Die in der Anwesenheitsliste verzeichneten Mitglieder und Gäste.
- Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)
Christian Wiesenhütter (stellvertretender Hauptgeschäftsführer)
Melanie Bähr (stellvertretende Hauptgeschäftsführerin)
Katja Steinbrück
Vesna Mokorel Kalusa (Protokollführerin)

Tagesordnung:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 17. Juni 2015**
TOP 2: Veränderte Rechtslage bei Kooptationen in die Vollversammlung
TOP 3: Förderung von Bildungsprojekten
TOP 4: Bericht zum aktuellen Stand Wohnheim Reichsstraße
TOP 5: Feststellung des Jahresabschlusses 2014 und Entlastung der Wirtschaftsführung 2014
TOP 6: Verabschiedung des wirtschaftspolitischen Grundsatzpapiers "Wieder mehr Ludwig Erhard in der Wirtschaftsordnung"
TOP 7: Bericht zum Thema CSR und zum Ehrbaren Kaufmann
TOP 8: Aktuelle Themen
TOP 9: Verschiedenes

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert **Herr Dr. Schweitzer** über personelle Veränderungen in der Vollversammlung. Herr Dr. Frank May (Vorstandsvorsitzender Vattenfall Europe Wärme Aktiengesellschaft) ist aus der Vollversammlung ausgeschieden. Er dankt ihm auch im Namen der Vollversammlung für sein Engagement und wünscht ihm alles Gute. Nachrücker in der Wahlgruppe 4 (Versorgung, Entsorgung) ist **Herr Bernhard Lemmé**, Geschäftsführer der pers. haftenden Gesellschaft Nenn Entsorgung GmbH & Co. KG, der sich der Vollversammlung kurz vorstellt.

Herr Dr. Schweitzer kündigt eine weitere personelle Veränderung in der Vollversammlung an. Herr **Ulrich Misgeld** scheidet anlässlich seines 65. Geburtstags am 30. September 2015 aus dem Unternehmen Selux Aktiengesellschaft und folglich auch aus der Vollversammlung aus. Herr Misgeld wurde schon im Jahr 1996 zum ersten Mal in die Vollversammlung der IHK Berlin gewählt und war viele Jahre als Schatzmeister im Präsidium tätig. Herr Dr. Schweitzer bedankt sich für sein langjähriges Engagement und seinen Beitrag zur Arbeit

der Vollversammlung und des Präsidiums und wünscht ihm alles Gute für seine weiteren Projekte, insbesondere für das Unternehmensnetzwerk Motzener Straße.

Bei Eintritt in die Tagesordnung sind 60 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 17. Juni 2015

Herr Dr. Schweitzer informiert die Vollversammlung über einen Ergänzungswunsch von Herrn Mitterneder zu TOP 4. Dieser bittet darum, das Protokoll um folgendes Satz zu ergänzen: „Ich sagte unter TOP 4, dass es von besonderer Größe zeugen würde ‚mit‘ der Initiative Mietenvolksentscheid zu reden anstatt ‚über‘ sie zu reden.“ Da über die Vollversammlungssitzung kein Wortprotokoll geführt wird und persönliche Appelle und Erklärungen laut Geschäftsordnung dem Protokoll beigefügt werden können, schlägt Herr Dr. Schweitzer der Vollversammlung vor, diesen Beitrag als persönliche Erklärung Herrn Mitterneders dem Protokoll der letzten Sitzung beizufügen.

Die Vollversammlung stimmt bei vier Enthaltungen dem Vorschlag zu, diese Ergänzung als persönliche Erklärung Herrn Mitterneders dem Protokoll der letzten Sitzung beizufügen.

Anschließend genehmigt die Vollversammlung bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung die Niederschrift der Sitzung der Vollversammlung vom 17. Juni 2015.

TOP 2: Veränderte Rechtslage bei Kooptationen in die Vollversammlung

Herr Eder erinnert daran, dass die IHK Berlin, so wie alle andere IHKs, von der Möglichkeit der Zuwahl Gebrauch gemacht und neun Vollversammlungsmglieder kooptiert hat.

In einer aktuellen Entscheidung hat das Bundesverwaltungsgericht nun seine ständige Rechtsprechung seit 1960 zu Kooptationen geändert. Danach sind Kooptationen zukünftig zur Herstellung der Spiegelbildlichkeit der Wirtschaft weiterhin zulässig. Allerdings wurden die bisher von der Rechtsprechung entwickelten formalen Voraussetzungen für Kooptationen deutlich verschärft. Zukünftig ist es erforderlich, bereits vor einer Wahl die mittelbaren Sitze auf die Wahlgruppen zu verteilen. Die Wahlordnungen der IHKs entsprechen diesen Vorgaben derzeit noch nicht, weshalb auch im konkret beklagten Fall die Kooptation fehlerhaft ist. Für die Wahl 2017 wird deshalb die Wahlordnung der IHK an diese Erfordernisse angepasst und eine Verteilung der Kooptationssitze auf die Wahlgruppen bereits vor der Wahl vorgenommen.

Die Frage, ob dieses Urteil auch rückwirkend zur Unwirksamkeit der bisherigen Kooptationen führt, hat das Bundesverwaltungsgericht offen gelassen. Das Urteil hat nur für den entschiedenen Fall unmittelbare Wirkung – die Kooptationen in Berlin sind deshalb nach wie vor formell wirksam. Möglicherweise könnten sie jedoch rechtlich angegriffen werden, auch wenn derzeit nicht sicher ist, ob der Gerichtsweg in Berlin jetzt noch beschritten werden kann. Die alleinige Berufung auf eine formelle Rechtmäßigkeit erscheint allerdings nicht unproblematisch. Um sich nicht dauerhaft dieser unklaren Rechtslage auszusetzen, gab es bereits im Vorfeld der Sitzung Gespräche mit den Kooptierten, in denen vereinbart wurde, bis zum Jahresende ein gemeinsames Vorgehen festzulegen. Alle kooptierten Teilnehmer der heutigen Sitzung haben angeboten, an den Abstimmungen in der Sitzung deshalb nicht teilzunehmen.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Frau Witt** sowie die **Herren Dobat, Eder, Frankenstein, Gruhn, Janßen** und **Peter**. Dabei wird vor allem das weitere Vorgehen innerhalb der IHK-Organisation hinterfragt. Herr Eder erklärt, dass es sich aufgrund verschiedener Ausgangslagen in den einzelnen Kammern schon abzeichnet, dass es kein einheitliches Vorgehen geben wird. **Herr Janßen** beantragt, dass die kooptierten Mitglieder der Vollversammlung mit sofortiger Wirkung ihre Mandate niederlegen. Des Weiteren beantragt er eine zusätzliche Protokollierung der Stimmabgabe der kooptierten Mitgliedern (siehe Anlage 2 zum Protokoll).

Die Vollversammlung lehnt bei zwei Zustimmungen und neun Enthaltungen den Antrag von Herrn Janßen ab.

TOP 3: Förderung von Bildungsprojekten

Herr Dortans, der Vorsitzende des Lenkungskreises, berichtet anhand der als Anlage 3 beigefügten Präsentation zu den Vorschlägen für die Ausgestaltung der zweiten Förderrunde (Folie 4), der neuen Förderlinie für Flüchtlinge (Folie 5) sowie der Budgetverteilung (Folien 6 und 7). Die vorgeschlagene Mittelverteilung berücksichtigt das Ergebnis der Auswahl der ersten Förderrunde und stellt die ursprüngliche Aufteilung der Zuwendungen (zwei Drittel für berufliche Bildung, Förderlinien 1-3, und ein Drittel für akademische Bildung/Wissenstransfer, Förderlinie 4-5) wieder her.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die **Damen Habermann, Mützel** und **Witt** sowie die **Herren Dr. Budde, Dortans, Gruhn, Klusmann, Misgeld** und **Dr. Schweitzer**. Zunächst werden die Kriterien und der Zeitplan für die Auswahl der Projekte diskutiert. Es

wird betont, dass die Kriterien in der zweiten Förderrunde präzisiert und der Zeitplan für die Beurteilung der eingereichten Skizzen bis Ende März 2016 verlängert wird. Des Weiteren wird das Kriterium kleinere und innovative Projekte (mit dem Fördervolumen bis 250.000 Euro) erörtert. Diese sollen aufgrund der Diskussionen in der Vollversammlung in der zweiten Förderrunde stärker in Fokus rücken. Dabei soll bei der Auswahl dieser Projekte Wert auf das Innovationskriterium gelegt werden. Die Vollversammlung unterstützt des Weiteren die neue Förderlinie für Flüchtlinge. Die Projekte hier sollen die Lücken zwischen den existierenden Förderungen und Angeboten schließen und identifizierte Bedarfe der Berliner Wirtschaft decken. Um eine höhere Quote der Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen, muss allerdings zunächst alles getan werden, um Sprachkenntnisse und Qualifikationen zu vermitteln, denn die Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass es sehr schwierig ist, Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Daher müssen in der gesellschaftlichen Diskussion Asyl und Zuwanderung auch auseinander gehalten werden. Es ist zu befürchten, dass die momentane Flüchtlingswelle also keineswegs den Fachkräftemangel in Deutschland beseitigen wird, denn mindestens zwei Drittel der Flüchtlinge fehlt jegliche Mindestqualifikation.

Die Vollversammlung stimmt bei drei Enthaltungen dem Vorgehen, der neuen Förderlinie Flüchtlinge und der Budgetverteilung, wie in Anlage 1 zur Einladung vorgeschlagen, zu.

Herr Eder geht auf das Thema kommunikative Begleitung der Bildungsprojekte ein. Die Projekte in der ersten Förderrunde wurden zunächst vereinbarungsgemäß zurückhaltend kommuniziert. Für die zweite Förderrunde empfiehlt der Lenkungskreis allerdings eine weitaus stärkere Öffentlichkeitsarbeit als bisher. Da diesem Thema jedoch der tagesaktuelle Nachrichtenwert fehlt kann es bei normaler Pressearbeit schwierig werden, das Thema nachhaltig zu platzieren. Deshalb wird ein Mix aus Kommunikationsmaßnahmen mit einem Anteil von „paid content“ vorgeschlagen, der durch einen finanziellen Aufwand realisiert wird. Die Vollversammlung soll entscheiden, ob sie ein solches Vorgehen grundsätzlich wünscht. Die finanziellen Mittel für die kommunikative Begleitung könnten dabei entweder aus dem allgemeinen Haushalt oder aus den geplanten Projektmitteln für Bildungsprojekte erfolgen. Auch darüber soll die Vollversammlung entscheiden.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Frau Kreisch** sowie die **Herren Dobat, Dr. Dolla, Duge, Erichsen** und **Keddig**. Dabei wird vor allem der Inhalt und der Rahmen solcher bezahlten Medienkooperationen sowie die Verbindung mit anderen Initiativen der IHK Berlin (z.B. mit der Initiative Ehrbarer Kaufmann) hinterfragt. Es wird betont, dass die

bezahlten Medienkooperationen nur begleitend zu den gängigen Maßnahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden sollen. Es ist angedacht, mit ganzseitigen Advertorials in den Berliner Tageszeitungen diese Projekte vorzustellen.

Die Vollversammlung stimmt zunächst bei drei Enthaltungen dem Vorschlag des Lenkungskreises zu, die kommunikative Begleitung der Bildungsprojekte zu verstärken.

Sodann stimmt die Vollversammlung bei zwölf Gegenstimmen und drei Enthaltungen für den Vorschlag, dass zukünftig auch die entgeltlichen Medienkooperationen in die kommunikative Begleitung der Bildungsprojekte einbezogen werden.

Abschließend beschließt die Vollversammlung bei einer Enthaltung, die Mittel für die kommunikative Begleitung der Bildungsprojekte dem allgemeinen Haushalt zu entnehmen.

Herr Eder berichtet abschließend über die Aktivitäten der IHK Berlin bezüglich der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen. Auf Anregung der IHK Berlin und in vertrauensvoller Zusammenarbeit setzen seit Anfang August die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit (RD) und die Berliner Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein deutschlandweit einzigartiges Pilotprojekt zur frühzeitigen Kompetenzerhebung von Flüchtlingen um. Eine Idee, die auch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel auf Anerkennung gestoßen ist, als sie die Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Berlin besuchte. Sie bezeichnete es als ein nachahmenswertes Modellprojekt. Herr Eder betont, dass dieser Erfolg maßgeblich auf Herrn Wiesenhütter und sein Team zurückgeht und bedankt sich für diese herausragende Arbeit.

Auf der Internetseite der IHK Berlin haben Unternehmen die Möglichkeit, sich zu informieren, wie sie Flüchtlinge aktiv unterstützen können. Sie enthält weitgehende Informationen sowie Ansprechpartner zu dieser Thematik und findet sich unter der URL: https://www.ihk-berlin.de/standortpolitik/Wirtschaft_und_Gesellschaft/Unternehmer_fuer_Fluechtlinge.

Abschließend berichtet Herr Eder von einem neuen Senatskonzept zum Thema Flüchtlinge, unter dessen Dach es nun gelungen sei, die bisher parallel laufenden Senatsinitiativen zusammenzufassen.

TOP 4: Bericht zum aktuellen Stand Wohnheim Reichsstraße GmbH (WHR)

Herr Eder erinnert an die Berichte in den letzten Sitzungen zum Wohnheim Reichsstraße (WHR), die (an den Käufern gescheiterten) Verkaufsversuche, sowie die möglichen

Sanierungskosten. Aufgrund der aktuellen Lage wurde in den letzten Wochen die Möglichkeit der Unterbringung von Flüchtlingen im WHR diskutiert. Die Mieterstruktur zeigt, dass das WHR derzeit zu etwa 90 Prozent an Studenten und Auszubildende vermietet wird, davon sind je etwa die Hälfte deutsche und ausländische Staatsangehörige. Mit 35 Personen stellt bereits jetzt die Gruppe der syrischen Staatsangehörigen den Hauptanteil bei den Ausländern. Trotzdem wird aufgrund der Fluktuation seit geraumer Zeit darüber nachgedacht, eine stärkere Nutzung für Flüchtlinge zu ermöglichen. Derzeit laufen z.B. intensive Gespräche mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, das Wohnheim auch für die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge zu nutzen. Zielstellung der Senatsverwaltung ist die Unterbringung von bis zu hundert solcher Flüchtlinge im WHR.

Herr Eder verweist auf den kurzfristig versandten und als Tischvorlage ausliegenden Beschlussvorschlag. Er schlägt das folgende Vorgehen vor: Der Verkauf des Wohnheims soll, wie in den Gremien besprochen, weitergeführt werden bevor die wesentlichen Sanierungsmaßnahmen unabweisbar werden; er muss aber nicht schnellstmöglich erfolgen. Die IHK prüft einen Verkauf des Wohnheims vorzugsweise an einen Betreiber von Flüchtlingsunterkünften (u.a. auch an die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft), wahlweise eine Generalvermietung. Als Zwischennutzung soll das Wohnheim mit einer Mischnutzung auf Basis der bisherigen Mieterstruktur weiter betrieben werden. Frei werdende Wohnheimeinheiten sollen insbesondere mit Flüchtlingen (vorzugsweise mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu Ausbildungszwecken) besetzt werden. Er weist abschließend darauf hin, dass der Betrieb eines Flüchtlingsheims durch die IHK Berlin selbst kammerrechtlich und sozialrechtlich unzulässig wäre.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Frau Witt** sowie die **Herren Gruhn, Hübner, Janßen, Klussmann, Krüger** und **Dr. Schweitzer**. Es zeigt sich, dass der vorgelegte Vorschlag auf allgemeine Zustimmung der Vollversammlung stößt. Im weiteren Verlauf der Diskussion werden dann der Verkauf des Wohnheims und die potenziellen Käufer diskutiert. **Herr Hübner** geht auf die Diskussionen an, die in den letzten Wochen - maßgeblich auch durch ihn - zu diesem Thema geführt wurden. Er bittet um Nachsicht für die möglicherweise etwas strapazierende Art der Kommunikation, die in Bezug auf die Dringlichkeit der Situation erfolgt sei, und bedankt sich bei Herrn Dr. Schweitzer sowie beim Hauptamt für die am Ende gute Kooperation. Er unterstützt den vom Hauptamt vorgeschlagenen Beschluss.

Herr Dr. Schweitzer betont, wie wichtig es sei, Diskussionen mit den Vollversammlungsmitgliedern zu führen. Dabei erinnert er allerdings noch einmal an den fairen Umgang miteinander, der auch dem Leitbild des Ehrbaren Kaufmanns entspreche.

Herr Janßen beantragt den Verkauf des Wohnheims an die Senatsverwaltung. Vorab soll allerdings ein Gutachten zur Angemessenheit eines solchen Verkaufs erstellt werden.

Die Vollversammlung lehnt bei drei Zustimmungen und fünf Enthaltungen den Antrag Herrn Janßens ab.

Anschließend stimmt die Vollversammlung bei zwei Enthaltungen dem Beschluss zum Wohnheim Reichsstraße, wie in dem Nachversand zur Einladung sowie in der Tischvorlage zur Sitzung vorgeschlagen, zu.

TOP 5: Feststellung des Jahresabschlusses 2014 und Entlastung der Wirtschaftsführung 2014

Herr Dr. Schweitzer weist vorab darauf hin, dass das Haushaltsjahr 2014 wieder mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen wurde und würdigt die herausragenden Leistungen der Berliner Unternehmen.

Frau Witt, die Vorsitzende der Etatkommission, berichtet anhand der als Anlage 4 beigefügten Präsentation über ein positives Ergebnis von 3,3 Mio Euro. Der Jahresabschluss 2014 ist von der Rechnungsprüfungsstelle für die IHKs geprüft worden. Er besteht aus der Bilanz zum 31. Dezember 2014, der Erfolgs- und Finanzrechnung, den Plan-Ist-Vergleichen, dem Anhang und dem Lagebericht. Das Jahr 2014 weist ein Bilanzergebnis von 3.276,6 T Euro auf. Sie erläutert die wesentlichen Positionen (Folie 3 bis 6) zur Überschreitung der „Betrieblichen Erträge“ (v. a. Auflösung der Steuerrückstellung), zur Unterschreitung des „Betriebsaufwands“ und zur Unterschreitung des „Finanzergebnisses“ (v. a. Zinsaufwand aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen).

Herr Fahlbusch, leitender Prüfer der Rechnungsprüfungsstelle (RPS), erläutert, dass die Prüfung die Einhaltung der Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts bestätigt hat. Die von der Vollversammlung zur Verfügung gestellten Mittel sind sparsam und wirtschaftlich verwendet worden. Des Weiteren wurde für die Buchführung des Geschäftsjahres 2014, für den Jahresabschluss zum 31.12.2014 nebst Anhang sowie für den Lagebericht und die Wirtschaftsführung 2014 der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt. Im Hinblick auf eine rechtzeitige und vollständige Erhebung der Beiträge hält die RPS eine weitere – auch am Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit – ausgerichtete Nachveranlagung im 4. Quartal des Geschäftsjahres für angebracht.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die **Damen Kreisch** und **Witt** sowie die **Herren Dobat, Eder, Gruhn, Kuchejda, Meerstein** und **Dr. Schweitzer**. Zunächst wird der Vorschlag erörtert, ein Teil des Jahresergebnisses anstatt in die Rücklage „Vorsorge für

Altpensionsverpflichtungen für Risiken außerhalb BilMoG“ zur zusätzlichen Förderung der Projekte in der neuen Förderlinie 6 „Flüchtlinge“ zu verwenden. Die finanziellen Mittel für die Förderung der Projekte aus dieser Förderlinie wurden allerdings schon in die Projektmittel für Bildungsprojekte eingeplant. Außerdem sei es aufgrund des aktuellen und voraussichtlich auch in den nächsten Jahren niedrigen Zinssatzes notwendig, die Rücklage „Vorsorge für Altpensionsverpflichtungen für Risiken außerhalb BilMoG“ zu erhöhen. Damit wäre der erhöhte Aufwand für Pensionsrückstellungen in den kommenden Jahren gesichert. Für die vorgeschlagene Nachveranlagung im 4. Quartal werden deren Auswirkungen hinterfragt. Auf Empfehlung der Rechnungsprüfungsstelle soll künftig eine zweite Hauptveranlagung zum Ende des Geschäftsjahres durchgeführt werden. Die Vorschriften der staatlichen Doppik haben sich seit der Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen geändert; die IHK Berlin ist gehalten diese Anpassungen nachzuvollziehen. Deswegen werden zurzeit die Personalkapazitäten und der dafür benötigte finanzielle Aufwand geprüft.

Abschließend werden die Höhe der Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sowie die Höhe der Aufwendungen hinterfragt. Die Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens resultieren zum einen erheblichen Anteil aus den beiden, der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quirstorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen sowie aus den Zuschreibungen auf Rückdeckungsversicherungen. Die Zinsaufwendungen betreffen das zur Refinanzierung der LEH-Umfinanzierung aufgenommene LBB-Darlehen. Des Weiteren wird das Thema erfolgsabhängige Sonderzahlungen und Personalkosten diskutiert. Die Sonderzahlung ist an Überschüsse beim Jahresabschluss geknüpft und wird aus diesen finanziert.

Herr Dobat beantragt eine Aufarbeitung der Einsparmöglichkeiten bei den Personalkosten. Diese soll der Vollversammlung bis Ende des Jahres 2015 vorliegen.

Die Vollversammlung lehnt bei einer Zustimmung und drei Enthaltungen den Vorschlag Herrn Dobats ab.

Herr Misgeld beantragt die Entlastung des Präsidiums und der Geschäftsführung und verbindet dies mit einem Dank für die geleistete Arbeit, insbesondere an die Vorsitzende der Etatkommission Frau Witt.

Die Vollversammlung beschließt zunächst einstimmig die Abstimmung über die Feststellung des Jahresergebnisses 2014 und den Beschluss über die Ergebnisverwendung 2014 offen und en bloc durchzuführen.

Die Vollversammlung stimmt sodann bei zwei Enthaltungen der Feststellung des Jahresergebnisses 2014 und dem Beschluss über die Ergebnisverwendung 2014, wie nachträglich zur Einladung übersandt, zu.

Abschließend erteilt die Vollversammlung dem Präsidium und der Geschäftsführung für das Jahr 2014 bei zwölf Enthaltungen, inklusive Stimmenenthaltungen des gesamten Präsidiums, die Entlastung.

TOP 6: Verabschiedung des wirtschaftspolitischen Grundsatzpapiers „Wieder mehr Ludwig Erhard in der Wirtschaftsordnung“

Seit Jahren ist zu beobachten, dass die Politik trotz anderweitiger Bekundungen die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft als Leitmotiv ihres Handelns regelmäßig immer weniger achtet. **Herr Irrgang** berichtet, dass die IHK Berlin deswegen zusammen mit Mitgliedern der Vollversammlung, des Präsidiums und der Ausschüsse ein Positionspapier erarbeitet hat, das wieder mehr marktwirtschaftliche Grundsätze in der Wirtschaftspolitik des Landes fordert. Um diese Grundsätze der Politik gegenüber gezielt einsetzen zu können, soll dies als Position der Berliner Wirtschaft in der Vollversammlung beschlossen werden.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Frau Witt** und **Herr Dr. Schweitzer**. **Frau Witt** begrüßt diese Initiative und wirbt für eine breitere Einbindung der Vollversammlung bei der Umsetzung der im Grundpapier enthaltenen Grundsätze.

Die Vollversammlung beschließt bei drei Enthaltungen das Positionspapier "Wieder mehr Ludwig Erhard in der Wirtschaftsordnung" als Position der Berliner Wirtschaft.

TOP 7: Bericht zum Thema CSR und zum Ehrbaren Kaufmann

Herr Dr. Schweitzer dankt Antje Meyer, der CSR-Sprecherin der IHK Berlin, für die erfolgreiche Arbeit beim Thema Corporate Social Responsibility.

Frau Meyer berichtet anhand der, dem Protokoll als Anlage 5 beigefügten, Präsentation zunächst über eine CSR-Berichtspflicht für Unternehmen, die vom EU-Parlament beschlossen wurde. Da diese Berichtspflicht auch Auswirkungen auf die Berliner Unternehmen haben wird, beteiligt sich die IHK Berlin in den DIHK-Arbeitskreisen zur Ausgestaltung der damit verbundenen Gesetzgebung. Anschließend informiert sie die Vollversammlung über die wichtigsten Inhalte des CSR-Forums 2015 und lädt in diesem Zusammenhang zum nächsten Berlin CSR-Tag am 26. und 27. November 2015 ein. Außerdem berichtet sie über den Fortgang der Initiative zum Thema „Ehrbarer Kaufmann“.

Die Vollversammlung würdigt das bisher Erreichte und nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

TOP 8: Aktuelle Themen

1. Bericht aus dem DIHK

Der Bericht aus dem DIHK entfällt aus zeitlichen Gründen.

2. Berichte aus den Gremien der IHK Berlin

a) Bericht aus dem Präsidium

Das Präsidium befasste sich im Wesentlichen mit den Themen der Vollversammlung.

b) Bericht aus dem Ausschuss Tourismus

Der Bericht aus dem Ausschuss Tourismus wird aus zeitlichen Gründen verschoben. Weitere Informationen sind der Anlage 6 zum Protokoll zu entnehmen.

3. Bericht zur internationalen Gartenbauausstellung

Es wurde beschlossen, den Bericht zur internationalen Gartenbauausstellung an die Vollversammlungsmitglieder zu verteilen. Weitere Informationen sind der Anlage 7 zu entnehmen.

4. Bericht zum Thema Großraum- und Schwerlasttransporte und Kompromiss beim Mietenvolksentscheid

Beide Berichte entfallen aus zeitlichen Gründen. Die Vollversammlungsmitglieder werden über das Thema Großraum- und Schwerlasttransporte per Mail informiert.

5. Bericht zum aktuellen Stand im Rechtsstreit um den Leasingvertrag LEH

Herr Eder erinnert an die ausführlichen Beratungen zu diesem Thema. Nach der letzten Sitzung wurde der Leasingvertrag mit der ILV beschlussgemäß gekündigt - die ILV hat sich aufgrund des internen Findungsprozesses diesbezüglich noch nicht positioniert. Nach Auskunft des Kammergerichts ist bis Mitte 2016 eine gerichtliche Entscheidung zu erwarten. Für den Fall der Nichteinigung mit der ILV prüft die IHK Berlin derzeit alle Möglichkeiten; im Zweifel auch den Umzug in ein anderes Gebäude.

TOP 9: Verschiedenes

Herr Dr. Schweitzer kündigt an, dass anlässlich des 50-jährigen Jubiläums diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller vom 10. bis 14. Oktober 2015 nach Israel reist. Dabei wird er u.a. von einer Unternehmensdelegation zu den Leitthemen Infrastruktur/Smart City-Dialog, High Tech-Kooperation/Innovationspartnerschaft sowie Start-up-Vernetzung begleitet.

Des Weiteren informiert er die Vollversammlung, dass der Besuch des Regierenden Bürgermeisters aus terminlichen Gründen auf die Sitzung der Vollversammlung im März 2016 verschoben wird (zum Neujahrsempfang am 8. Januar 2016 ist der Regierende Bürgermeister ebenfalls anwesend).

Berlin, den 30. September 2015



Dr. Eric Schweitzer
Präsident



Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Anlagen:

Anlage 1: Anwesenheitsliste

Anlage 2: Antrag Herr Janßen

Anlage 3: Vortrag Bildungsprojekte

Anlage 4: Vortrag zum Jahresabschluss 2014

Anlage 5: Vortrag zum Thema CSR und zum Thema Ehrbarer Kaufmann

Anlage 6: Bericht aus dem Ausschuss Tourismus

Anlage 7: Vortrag zum Thema IGA

Anlage 8: Persönliche Erklärung Herr Dobat